

Ethische Orientierung
durch religiöse
Verwurzelung
stabilisiert das Sozialwesen

Politik aus christlicher Verantwortung

Lothar Roos

Der Philosoph Karl Jaspers hat einmal die europäische Kultur als das Produkt eines dreitausendjährigen historischen Optimierungsprozesses bezeichnet. Im Verlauf dieses Prozesses hat Europa zwar eine ganze Reihe von Irrtümern begangen, diese aber – und darin liegt nicht zuletzt der Grund des Erfolgs dieser Kultur – immer wieder auch zu korrigieren vermocht.

Kultur ist das, was eine Gesellschaft im Innersten zusammenhält: Es sind die Grundwerte (*basic values*), die zu ihrer Verwirklichung nötigen sozialen Strukturen (*social structures*) und die sowohl für den Bestand der Werte als auch für die Stabilität der Strukturen nötigen Verhaltensweisen beziehungsweise Tugenden (*attitudes, virtues*). Werte, Strukturen und Tugenden bilden ein innerlich zusammenhängendes Gefüge, das für die jeweilige Kultur typisch ist.

Aufgrund geschichtlicher Erfahrungen wird also deutlich, welche Muster des Denkens und des sozialen Lebens mit dem christlichen Menschenbild jeweils besser zu vereinbaren sind als andere. Dabei kommt man auch zu der Einsicht, dass es bestimmte Wertüberzeugungen, soziale Strukturen und persönliche Tugenden gibt, hinter die man um Gottes und des Menschen willen nicht mehr zurückfallen sollte. Auf dem Kreuzungspunkt zwischen biblisch-christlicher Anthropologie und geschichtlicher Erfahrung entsteht also das, was man als die abendländisch-christliche Leitkultur bezeichnen kann. Worin bestehen die habituellen und

strukturellen Kriterien einer solchen Leitkultur im Einzelnen? Welche Werte erstreben die Menschen einer solchen Kultur, welche sozialen Strukturen bringen sie hervor, welche Tugenden leben sie?

Da das „Reich Gottes“ zwar bereits auf dem Weg, aber noch nicht am Ziel ist, kann eine Kultur im strengen Sinn nie „christlich“ sein, wohl aber christlicher als andere Kulturen. Dies ist umso mehr der Fall, als die Menschen von folgenden fünf Überzeugungen und einem ihnen entsprechenden Lebensstil getragen werden. Was glauben wir als Christen, und wie verhalten wir uns demgemäß? – Der christliche Glaube besagt,

- dass wir „nicht das zufällige und das sinnlose Produkt der Evolution“ sind. Vielmehr gilt: „Jeder von uns ist Frucht eines Gedankens Gottes. Jeder ist gewollt, jeder ist geliebt, jeder ist gebraucht“ (Papst Benedikt XVI.).
- dass jeder Mensch vom ersten Augenblick seiner Existenz bis zu seinem letzten Atemzug die gleiche von Gott geschenkte und deshalb unveräußerliche Würde hat und entsprechend behandelt werden muss.
- dass Gott, der Schöpfer, grundsätzlich allen Menschen genügend Einsicht des Verstandes und Kraft des Willens mit auf den Weg gegeben hat, sodass sie fähig sind, das Gute vom Bösen zu unterscheiden und ein Leben in Würde zu führen.
- dass wir als sündige Menschen damit rechnen müssen, dass sich unsere Vernunft „durch Macht und Interesse blen-

den“ lässt. Deshalb bedarf sie der Reinigung durch den christlichen Glauben, wie umgekehrt dieser auch der Vernunft bedarf.

- dass wir Menschen auf dieser Erde keine bleibende Stätte haben, sondern auf dem Weg sind (*Homo viator*) zur Schau Gottes in der Gemeinschaft der Heiligen. Deshalb bitten wir in der Oration der Liturgie des siebzehnten Sonntags im Jahreskreis darum, „die vergänglichen Güter so zu gebrauchen, dass wir die ewigen nicht verlieren“.

Diese Glaubensüberzeugungen haben bestimmte strukturelle Konsequenzen. Eine Gesellschaft ist strukturell umso christlicher, je mehr die Menschen aus ihren religiös-ethischen Grundeinstellungen heraus die gesellschaftlichen Strukturen gestalten. Das bedeutet im Einzelnen:

- je mehr Menschen die unauflösliche Ehe zwischen Mann und Frau und die damit verbundene Bereitschaft zur Weitergabe des Lebens bejahen.
- je mehr Eltern ihre Kinder selbst erziehen und sie auf ihre einmalige Lebensaufgabe vorbereiten und diese Aufgabe nicht an den Staat oder die Massenmedien abtreten.
- je unzweideutiger die Verfassung eines Staates und das politische Handeln die dem Staat vorgegebene Würde des Menschen und die damit verbundenen unveräußerlichen und universal gültigen Menschenrechte respektieren und auf *dieser* Grundlage Frieden, Freiheit und soziale Gerechtigkeit zu verwirklichen suchen.
- je mehr Menschen sich in Arbeit und Beruf und den dort nötigen wirtschaftlichen Entscheidungen von den Grundwerten einer selbstverantwortlichen Freiheit (Subsidiarität) und mitmenschlichen Gerechtigkeit (Solidarität) leiten lassen. Daraus folgt zum Beispiel die Achtung vor der Würde auch der einfachsten menschlichen Arbeit. Dazu gehört die Bereitschaft, den wirtschaftlichen Erfolg so zu gebrauchen, dass auch die Armen und Schwachen vor existenzieller Not bewahrt werden können. Dazu gehört eine Betriebs- und Unternehmensverfassung der sozialen Partnerschaft. All dies entspricht strukturell dem Ordnungssystem einer Sozialen Marktwirtschaft.
- je mehr politisches Denken und Handeln auch Ausdruck einer globalen Verantwortung sind und, unbeschadet der Zuständigkeit jedes Staates für das nationale Gemeinwohl, auch das universale Gemeinwohl beachten. Dies gilt insbesondere für eine Politik auf der Basis der Würde und Rechte des Menschen, also der Freiheit, des Friedens und der Gerechtigkeit.

Diese fünf kurz skizzierten habituellen und strukturellen Kriterien bilden den Maßstab, gemäß dem man eine Politik aus christlicher Verantwortung formulieren und praktizieren kann und soll.

Ethische Orientierung – Gefährdungen und Konfliktfelder

Zu den Kriterien einer christlichen Leitkultur hat die Päpstliche Kongregation für die Glaubenslehre am 16. Januar 2003 eine „Lehrmäßige Note zu einigen Fragen über den Einsatz und das Verhalten der Katholiken im politischen Leben“ veröffentlicht.

Zunächst möchte das Dokument auf die bleibende und von manchen vergessene Bedeutung der wohl wichtigsten sozialethischen Errungenschaft des Zweiten Vatikanischen Konzils, nämlich des Bekennnisses zur „rechten Autonomie“ der Kultur, hinweisen. Damit verabschiedet sich die Kirche endgültig von der „integralistischen“ Vorstellung, religiöse Überzeugungen und ethische Prinzipien ließen sich „eins zu eins“ in politisches Handeln umsetzen. Ein aktuelles Beispiel aus Deutschland, wo kirchliches Sprechen selbst gegen die „rechte Autonomie“ des Politischen verstößt, ist die

von der „Gemeinsamen Konferenz für Frieden und Entwicklung“ der beiden christlichen Konfessionen vorgetragene Kritik an möglichen Waffenlieferungen an Saudi-Arabien. Denn dabei handelt es sich um eine politische Ermessensentscheidung, über die man mit guten politischen Argumenten – aber keineswegs mit religiös-ethischen des christlichen Glaubens – unterschiedlicher Meinung sein kann. Kirchliche Amtsträger dürfen sich keine politischen Urteile anmaßen, die über die Grenzen ihrer theologisch-ethischen Kompetenz hinausgehen. Solche Grenzüberschreitungen des religiösen Bereichs gab und gibt es als „rechten“ Integralismus. Dieser kämpfte einst für einen christlichen Staat oder tritt heute für einen muslimischen „Gottesstaat“ ein. „Linker“ Integralismus träumt von einem irdischen „Sozialparadies“.

Beide erkennen die Aufgabe und die Möglichkeiten der Politik. Der Glaube, so stellt die erwähnte „Note“ fest, habe „nie beansprucht, die sozialpolitischen Inhalte in ein strenges Schema zu zwängen“. Aufgrund der Geschichtlichkeit und Unvollkommenheit des Menschen „müssen jene politischen Positionen und Verhaltensweisen zurückgewiesen werden, die einer utopischen Vision folgen, welche die Tradition des biblischen Glaubens in einer Art Prophetismus ohne Gott verdreht, die religiöse Botschaft instrumentalisiert und das Gewissen auf eine bloß irdische Hoffnung aufrichtet, welche die christliche Spannung auf das ewige Leben hin aufhebt und entstellt“. Aktuelles Beispiel eines solchen „Prophetismus ohne Gott“ ist die kürzlich getroffene Feststellung des venezolanischen Präsidenten Hugo Chávez: „Wir verwirklichen das, was Jesus Christus einst wollte, nämlich das Reich Gottes auf Erden.“

Andererseits wendet sich die Note mit der Betonung der „rechten Autonomie“ der Kultur gegen einen falsch verstandenen „Laizismus“, wonach Politik von

Moral und Religion vollständig zu trennen sei. Politik würde dann allein der „Moral“ des Machterhalts folgen, wie dies Machiavelli in seiner „Ragione di Stato“ als Erster postuliert hat. Der demokratische Verfassungsstaat ist zwar religiös-weltanschaulich neutral, aber nicht wertneutral. Deshalb „bekennt sich“ der Rechtsstaat zu „unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten“, die als universal gültig anzusehen sind. Sie sind deshalb „Grundlage jeglicher Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt“ (vergleiche Artikel 1 Grundgesetz). Die Note wendet sich also primär gegen den „gefährlichen Irrtum des ethischen Relativismus“, wie Robert Spaemann seinen Kommentar zu der Erklärung überschreibt.

Spaemann fasst den Irrtum des ethischen Relativismus in vier Thesen zusammen: „1. Die höchsten Werte einer freiheitlich demokratischen Ordnung sind Toleranz und Pluralismus. 2. Toleranz ist unvereinbar mit der Überzeugung, im Besitz einer absoluten und endgültigen Wahrheit zu sein. 3. Die Rechtsordnung eines freiheitlichen Staates gründet ausschließlich im Willen der Bürger. Sie darf deshalb keine ethischen Prinzipien voraussetzen, deren Universalität nur von einem Teil der Bürger anerkannt wird. 4. Es gibt nicht so etwas wie das ‚von Natur Rechte‘. Das Recht darf nur Handlungen verbieten, die gegen den Willen derer verstossen, die von den Folgen einer solchen Handlung betroffen sind“ (*L’Osservatore Romano*, Wochenausgabe in deutscher Sprache, 7. Februar 2003). Der demokratische Verfassungsstaat legitimiert also keine Diktatur der Mehrheit. Er beruht vielmehr auf ethischen Voraussetzungen, die er sich selbst nicht geben kann (Ernst-Wolfgang Böckenförde). Er zerstört sich selbst, wenn er diese Voraussetzungen nicht respektiert.

Wie aber soll sich ein christlicher Politiker praktisch verhalten, wenn er mit sei-

ner Auffassung etwa bei der Frage der „Unantastbarkeit des menschlichen Lebens“ in eine Minderheitenposition gerät? Oder wenn man sogar den Menschen neu erschaffen will, wie dies bestimmte genetisch beflügelte Futuristen wie James Watson heute unverblümmt fordern? Bleibt da für den Bürger und Politiker, der sich dem christlichen Gewissen verpflichtet weiß, überhaupt noch politischer Handlungsspielraum? Nach Auffassung der Note muss der christliche Politiker jedem Gesetz widersprechen, „das ein Angriff auf das menschliche Leben“ wäre. Er darf jedoch, sofern sein „persönlicher absoluter Widerstand“ klar und eine Änderung der Rechtslage politisch nicht möglich ist, Gesetzesvorschläge unterstützen, welche „die Schadensbegrenzung eines solchen Gesetzes zum Ziel haben“. Das „gut gebildete christliche Gewissen“ gestattet es jedoch nicht, „mit der eigenen Stimme die Umsetzung eines politischen Programms zu unterstützen, in dem grundlegende Inhalte des Glaubens und der Moral ... umgestoßen werden“.

Eine aktuelle Konkretisierung dieser Aussage im Blick auf Deutschland gab Papst Benedikt XVI. in seiner Ansprache anlässlich der Übergabe des Beiglaubigungsschreibens des neuen deutschen Vatikanbotschafters Walter Jürgen Schmied. Der Papst verwies zunächst auf die „fundamentale und bleibende Bedeutung des Christentums in der grundlegenden Gestaltung unserer Kultur“. Kritisch bewertete er im Blick auf Deutschland eine „wachsende Verdrängung des christlichen Verständnisses von Ehe und Familie aus dem gesellschaftlichen Bewusstsein“. Im Einzelnen nannte er dabei die Aufwertung alternativer Partnerschafts- und Familienmodelle, was zu einer „Aufweichung naturrechtlicher Prinzipien“ und zu einer „Verschwommtheit der Wertvorstellungen in der Gesellschaft“ beitrage. Mit Nachdruck forderte er, im Bereich von Biotechnologie und

Medizin stets die menschliche Würde zu beachten. Man müsse genau beobachten, „wo es um Manipulation des Menschen, um eine Verletzung seiner Integrität und Würde“ gehe.

Wahrheit versus Willkür

In einem der Briefe Goethes an seinen Freund Eckermann stehen die Sätze: „Man muß das Wahre immer wiederholen, weil auch der Irrtum um uns her immer wieder gepredigt wird, und zwar nicht von einzelnen, sondern von der Masse. In Zeitungen und Enzyklopädien, auf Schulen und Universitäten ist der Irrtum oben-auf, und es ist ihm wohl und behaglich im Gefühl der Majorität, die auf seiner Seite ist.“ Goethe hat damit intuitiv vorweggenommen, was die Altmeisterin der deutschen Meinungsforschung, Elisabeth Noelle-Neumann, die „Schweigespirale“ genannt hat: Weil wir Menschen offensichtlich gerne „wohl und behaglich im Gefühl der Majorität“ leben, halten wir lieber den Mund, wenn wir uns als Minderheit entdecken. Wir schweigen, statt uns zu „outen“! Damit aber gerät der „Irrtum“, wie Goethe sagt, noch mehr „obenauf“.

Über die Würde des Menschen und die damit verbundenen Rechte und Pflichten kann man nicht mehrheitlich verfügen. Deshalb warnte Joseph Kardinal Ratzinger in seiner Predigt unmittelbar vor der Papstwahl am 18. April 2005 vor der „Diktatur des Relativismus, die nichts als endgültig anerkennt und als letztes Maß nur das eigene Ich und seine Gelüste gelten lässt“. Demgegenüber hält die Sozialverkündigung der Kirche – übrigens ganz im Sinne des ersten Artikels unseres Grundgesetzes – daran fest: „Es gibt also in sich stehende Werte, die aus dem Wesen des Menschseins folgen und daher für alle Inhaber dieses Wesens unantastbar sind.“ Sie sind dem Menschen „von Natur aus“, das heißt, wie die amerikanische Unabhängigkeitserklärung von 1776 sagt, „von ihrem Schöpfer“ („by their Cre-

ator“) mitgegeben. Der geistige Vater dieser Formulierung ist der englische Staatsphilosoph John Locke. Er vertrat deshalb die Meinung, mit Atheisten sei kein Staat zu machen, weil sie nicht an die von Gott mit der Natur des Menschen gegebene Würde glaubten. Diese Verwurzelung aufzugeben, so erklärte Benedikt XVI. am 18. April 2008 vor der Vollversammlung der Vereinten Nationen, „würde bedeuten, ihre Reichweite zu begrenzen und einer relativistischen Auffassung nachzugeben, der zufolge Bedeutung und Interpretation dieser Rechte variieren könnten und der zufolge ihre Universalität im Namen kultureller, politischer, sozialer oder sogar religiöser Vorstellungen verneint wird“. Die Philosophen werden sich nie darüber einigen, ob es ein Wesen des Menschen und darin begründete „natürliche“ Rechte und Pflichten (Naturrecht) gibt. Je mehr Menschen von einer gottgegebenen Würde überzeugt sind, desto geringer ist die Gefahr, dass die Demokratie zu einer Diktatur moralisch beliebiger Wahrheiten entartet. Diese „Wahrheit über den Menschen“ im öffentlichen Bewusstsein zu halten ist unsere erste und wichtigste politische Aufgabe, selbst wenn wir dies nur (noch) als Minderheit vermögen.

Gefahren einer gottlosen Gesellschaft

Die Neuzeit lässt sich beschreiben als großartige und vordem ungeahnte Entfaltung der Möglichkeiten menschlicher Ratio in den positiven Wissenschaften und deren Anwendungen in Technik, Ökonomie und Politik. Dies war allerdings nur so lange problemlos, wie es mit Ergebnissen geschah, mit denen man so gut, ja großartig leben konnte, dass sich die Sinnfrage gar nicht erst stellte. Es galt die Devise: Was technisch möglich und ökonomisch bezahlbar ist, das wird auch verwirklicht, ohne weitere Rückfrage nach dem humanen Sinn des jeweiligen „Fortschritts“. In dem Maße aber, wie

auf diesem Weg nicht nur Nützliches und Gutes, sondern auch Bedrohliches, ja Tödliches entsteht, lassen sich Wert- und Sinnfrage aus dem Konzept der öffentlichen Vernunft nicht mehr ausklammern. Es ist kein Zufall, dass heute allenthalben „Ethik-Kommissionen“ entstehen. Da man aber ethische Entscheidungen letztlich nur in einem Transzendenz-Bezug des Menschen verankern kann, steht auch die Gottesfrage wieder auf der Tagesordnung: Gott hat den ihm neuzeitlich entlaufenen Menschen wieder eingeholt. Auf jeden Fall aber gilt: Ohne Wertentscheidungen, wie immer man sie begründen mag, gibt es keinen Ausweg aus der gegenwärtigen Fortschrittskrise, keine Antwort auf die großen Menschheitsprobleme des Friedens, der Freiheit der Person, der Bewahrung der Umwelt, der Eindämmung von Not und Elend, kurz keine Kultur des Lebens, in der alle in Würde zu leben vermögen.

Der Mensch kann nur als moralisches Wesen überleben und vor sich selbst und seinen Mitmenschen bestehen. Je unmoralischer eine Gesellschaft wird, desto lauter schreit sie nach dem Staat, desto teurer wird dieser, und desto weniger kann er für sie tun. Wenn man für jeden Steuerhinterzieher einen Steuerfahnder, für jeden Alkohol- oder Drogenabhängigen einen Therapeuten, für jeden Schläger einen Polizisten, für jeden Kinderpornografen einen Detektiv, für jeden „Hacker“ einen spezialisierten Fahnder bezahlen muss, dann ist deren Zusammenbruch abzusehen: Ein Staat ohne Moral seiner Bürger ist unfinanzierbar. Die Gefahren einer wertfreien und gottlosen Gesellschaft zu entlarven und jene Politiker zu unterstützen, die dies ebenfalls tun, ist eine der wichtigsten politischen Aufgaben der Christen heute.

Beispiel der „besseren Staatsbürger“

Schon vor bald zwanzig Jahren hat der Soziologe Gerhard Schmidtchen als eines

der Ergebnisse einer breit angelegten repräsentativen religionssoziologischen Untersuchung festgestellt: „Kirchliche Bindung wirkt sich außerordentlich stark auf die Entstehung einer idealen altruistischen Orientierung aus. Selbstbezogene Orientierungen treten zurück. Diese werden umso stärker, je größer die Entfernung von der Kirche“ ist. „Ohne die kirchliche Kultur würden altruistische Orientierungen in der Gesellschaft zurückgehen. Die säkulare Gesellschaft erzeugt jene Verhaltensorientierungen nicht, die sie dringend braucht.“ Die Feststellung des Origenes aus dem dritten Jahrhundert: „Die Christen erweisen ihrem Vaterland mehr Wohltaten als die übrigen Menschen. Denn sie sind erzieherische Vorbilder für die anderen Bürger“ (*Gegen Celsus VIII*, 74), lässt sich heute empirisch belegen: Der Sozialforscher und Politologe Andreas Püttmann weist gemäß aktuellen Umfragen zum Beispiel nach: Wer häufiger zur Kirche geht, zeigt weniger Gewaltbereitschaft, neigt weniger zu radikalen Parteien und lehnt entschiedener Steuerhinterziehung und Betrug an Sozialkassen ab als die Konfessionslosen. „Nie an den sozialistischen Staat geglaubt“ zu haben, erklärte nach dem Ende der DDR übrigens jeder zweite ostdeutsche Katholik, jeder dritte Protestant, aber nur jeder fünfte Konfessionslose. „Offensichtlich nährt der praktizierte Glaube den anthropologischen Realismus und die Gelassenheit und immunisiert damit gegen ideologische Heilsversprechen wie gegen Politikverdrossenheit.“ Der Bonner Staatsrechtslehrer Josef Isensee zieht daraus die Folgerung: „Nicht die Kirche braucht das Kreuz in der Schule, sondern der Staat.“ Paul Kirchhof, der ehemalige Verfassungsrichter und Heidelberger Staatsrechtslehrer, stellt fest: Die Verfassungen der westlichen Demokratie tragen zwar antikes, aufklärerisches und christliches Erbgut in sich, aber all dies findet „im

abendländischen, also im christlich geprägten Menschenbild seine Mitte“. Und er fügt hinzu: „Die biblische Imago-Dei-Lehre enthält den radikalsten Freiheits- und Gleichheitssatz der Rechtsgeschichte“ (*Rheinischer Merkur*, 7. April 2000). Der Staat kann furchtbar entarten und dem Menschen das Leben zur Hölle machen, wie uns die gestrigen und heutigen Diktatoren in aller Welt vor Augen führen. Umso mehr wird klar, welch hohe Kulturleistung jener demokratische Verfassungsstaat darstellt, der sich zu vorstaatlichen, unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten bekennt.

Gemeinwohldienste praktizieren

Worin die wesentlichen Beiträge der Christen zum Gemeinwohl im demokratischen Staat im Einzelnen und konkret gerade angesichts der heutigen „Gesellschaft ohne Gott“ und ihrer „Risiken und Nebenwirkungen“ bestehen, hat Andreas Püttmann in folgenden sieben Punkten zusammengefasst:

- Christen betrachten den Menschen als Geschöpf und Ebenbild Gottes und sind damit in besonderer Weise der Würde und dem Recht des Menschen verpflichtet. Dies erweist sich vor allem in den Fragen der Unantastbarkeit menschlichen Lebens.
- Die in der jüdisch-christlichen Tradition enthaltene Ethik – Dekalog, Seligpreisungen, Tugendlehre – erzieht zur Beachtung von Geboten und Verboten nicht nur im kirchlichen, sondern auch im staatlichen Bereich. Gläubige Christen werden daher im Rechtsstaat mit größerer Wahrscheinlichkeit pflichtbewusste und gesetzestreue Bürger sein.
- Ein religiös verankerter Wertekonsens fördert Vertrauen, der Gedanke der Bewährung vor Gott unterstützt verantwortliche Leistungsbereitschaft. Beides begünstigt wirtschaftlichen Erfolg.
- Hilfsbereitschaft, Solidarität und Gemeinwohldenken, Familiensinn und

zwischenmenschliche Toleranz werden vom Gebot der Nächstenliebe inspiriert. Christlicher Glaube fördert den sozialen Ausgleich, Integration und Frieden.

- Der christliche Gedanke der Weltüberwindung durch Jesu Kreuzesopfer und der Geborgenheit im Letzten durch die Auferstehungshoffnung setzt Gelassenheit im „Vorletzten“ frei, die zu unaufgeregtem Engagement und Widerstand gegen ideologische Heilsangebote und Radikalismus befähigt.
- Christlichem Patriotismus bleibt gegenüber dem immer wieder entflammabaren Nationalismus gewahr: Es gibt wesentlichere Bande zwischen den Menschen als die der Nation.
- Die Frohe Botschaft des Christentums, ihre befreende, die irdische Endlichkeit überschreitende Hoffnung, begründet eine zufriedenere und optimistischere Lebenseinstellung. Christlicher Glaube fördert menschliches Glück.

Leben, „als ob es Gott gäbe“

Wenige Wochen vor seiner Wahl zum Papst hielt Kardinal Joseph Ratzinger am 1. April 2005 in Subiaco einen weit hin beachteten Vortrag über „Europa in der Krise der Kulturen“. Europa habe „seit der Renaissance und auf vollkommene Weise seit der Aufklärung gerade jene wissenschaftliche Rationalität entwickelt“, durch deren „technische Kultur [...] die ganze Welt geprägt“ worden sei. Dass die so ermöglichte Entfaltung des Menschen ihre Wurzeln zutiefst im christlichen Menschenbild habe, gerate heute immer mehr in Vergessenheit. Es habe sich „in Europa eine Kultur entwickelt, die Gott auf eine der Menschheit bislang unbekannte Weise aus dem öffentlichen Bewusstsein ausschließt“. Es sei das „Verdienst der Aufklärung, die

ursprünglichen Werte des Christentums wieder in Erinnerung gerufen und der Vernunft ihre Stimme zurückgegeben zu haben“. Inzwischen aber habe man weit hin vergessen, dass „die Aufklärung christlichen Ursprungs und nicht zufällig gerade und ausschließlich im Bereich des christlichen Glaubens entstanden“ sei.

Die „gottlose Gesellschaft“ blieb lange das Phänomen einer elitären Minderheit von Intellektuellen. Die mehr oder weniger breite Mehrheit des „einfachen Volkes“ hielt trotz des „von oben“ verordneten Atheismus und der daraus hervorgehenden Ideologien an ihrer traditionellen christlichen Volksreligiosität fest. Damit ist es inzwischen vorbei. Der triviale Atheismus ist heute „unten“ angekommen und quasi zum „Volkssport“ geworden. Angesichts dieser Misere hat Benedikt XVI. in seiner Enzyklika *Caritas in veritate* den markanten Satz geprägt: „Ohne Gott weiß der Mensch nicht, wohin er gehen soll, und vermag nicht einmal zu begreifen, wer er ist. [...] Der Humanismus, der Gott ausschließt, ist ein unmenschlicher Humanismus.“ Denn die mit dem Wesen des Menschen verbundene Würde hat ihren letzten Grund darin, dass der Mensch sich als von Gott geschaffen und von ihm geliebt weiß. Weil der Mensch in Gott seinen Ursprung und sein Ziel hat, dürfen wir Gott nicht aus dem Auge verlieren, wenn wir unsere menschliche Würde nicht verlieren wollen. „Wenn Gott seinen Platz in der Welt verliert, dann verliert ihn auch der Mensch“, so sagte Romano Guardini 1946 nach dem Zusammenbruch des Nazi-Regimes in Deutschland. Deshalb schlägt Joseph Ratzinger den aufgeklärten „Laizisten“ mit Pascal vor, so zu leben, „als ob es Gott gäbe“. Damit werde „niemand in seiner Freiheit beschränkt, doch alle Dinge erhalten eine Stütze und einen Maßstab, dessen sie so dringend bedürfen“.